

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Bei Abnahme von 6 Monaten 10 RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Bestellungen und Vorkosten sind zu zahlen. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.



Wilsdruff, Dresden 2640

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 133 — 93. Jahrgang Montag, den 11. Juni 1934

Weltdürreperiode?

Zum ersten Male wieder seit sehr langer Zeit beginnt die Menschheit zu begreifen, daß es bittere Wahrheit war, wenn die alten Chroniken immer wieder berichten, es seien Landaus und Landab Menschen und Vieh elendiglich verhungert. Wir stehen anscheinend im Beginn einer Weltdürreperiode, von der wir noch nicht absehen können, welchen Umfang sie annehmen wird.

In Deutschland lauten die Angaben derjenigen, die über den Wetterverlauf Buch führen oder ein gutes Gedächtnis haben, verschieden. Einige erklären, daß wir seit 20 Jahren, andere sogar seit 30 Jahren nicht mehr solche Folgen einer Frühwinterdürre zu beklagen gehabt hätten. Wenn man alte Bauern verschiedener Gegenden zu befragen Gelegenheit hat, so wird man feststellen, daß ihre Angaben voneinander abweichen. Das ist sehr begründet, denn je nach Lage und Klima kann sich die Dürre unterschiedlich bemerkbar machen. Die gelehrten Wetterkundler rechnen wieder mit anderen und unterschiedlichen Durchschnitten. Sie weisen darauf hin, daß die Wetterlage in Deutschland dieses Jahr genau derjenigen des Jahres 1893 gleicht, wenn man Deutschland als eine Gesamteinheit betrachtet.

Die Hauptsache ist, daß bei uns immer ein gewisser Mangel an Nahrungsmitteln besteht, und so ist das fahle Gezeuge der Dürre, das im Mittelalter und noch bis in das 19. Jahrhundert in Deutschland öfters Hungertote in seinem Gefolge gehabt hat, durch die Verbesserung des Verkehrs überwunden worden. In Provinzen und Gegenden, die von solchen Ausfällen betroffen sind, wird ein gewisses Übermaß an Getreide, Vieh und anderen Produkten zu verzeichnen sein.

Das ist der Unterschied zu Ländern wie China und Rußland, wo die Hungertote eine dauernde Plage ist, der jedes Jahr eine große Anzahl von Menschen zum Opfer fallen. Auch dort sind immer nur bestimmte, oft sehr wechselläufige Landstriche auf einmal betroffen. Aber es wird gewöhnlich zu spät, bis in diesen die Hilfe von anderen anlangt. So alt die Kultur etwa im Reiche der Mittelmeerländer ist, hat man es doch nicht zu einer weit vorausgeschrittenen Wirtschaft und zu einem der Weltzivilisation dienenden Ausbau der Verkehrswege gebracht.

Dafür ist der Ausbau der Weltverkehrsnetze so fortgeschritten, daß viele geglaubt haben, es sei ganz gleichgültig, ob in unserem Vaterlande in einem Jahre einmal eine völlige Misere eintrete. Dann könne man eben das Notwendige aus anderen Ländern kaufen, so lehrte der menschliche Liberalismus, und der Marxismus war ja sogar der verbreitetsten Ansicht, unser einheimischer Bauernstand verdiene nichts Besseres als zugrunde zu gehen, wenn er nicht ebenso billig erzeugen könne, als irgendwo anders Land. Da, wo das Brot am billigsten wachse, da solle man es kaufen.

Die Dürre hat diesmal vor keinem der in Betracht kommenden Erzeugungsländer haltgemacht. Amerika, das früher mit seinen Ernteeüberschüssen den Bauer der alten Welt völlig zugrunde zu richten im Zuge war, ist jetzt aus ökonomischen Mitteln zu unterliegen. Sehr schlimm sehen die Dinge in Rußland aus. Rußland hat früher das Ausland mit seinen Weizenmengen förmlich überflutet können. Die Sowjets gedachten durch diese Erzeugung der ungeheuren kommunistischen Staatsgüter nichteten sie daher den Bauernstand und verwandelten seine Träger in wurzellose Lohnsklaven. Die sogenannten Schwarzmarktgebiete haben aber eine gefährliche Eigenschaft. Wegen ihrer typenartigen Beschaffenheit drängt sie bei ihnen die Bestellung auf eine ganz kurze Zeit zu werden, um die riesigen Flächen in wenigen Tagen für die Saat herrichten zu können. Macht nun die Witterung unfruchtbar, die Misere nimmt eine entsprechende ungeheure Ausdehnung an. Inzwischen liegen die Ackerstreifen unter Ausnutzung einiger günstiger Lagen und mit Einwirkung der Kräfte aller seiner Familienmitglieder immer noch nur sein eigenes Brot, sondern auch noch einen Verkaufserlös abzugeben hat, wenn früher auf den Großgütern die Dürre alles verbrannt hatte.

Solche Betrachtungen zeigen uns, wie berechtigt es ist und wie notwendig für die gesamte Volksernährung, daß in dem Dritten Reiche der Bauer wieder in seine unveräußerlichen Rechte eingesetzt worden ist. Vor allem aber zeigt sich, wie richtig der Weg ist, den die Führung gezeigt hat. Auf der Grundlage der Führung war im Jahre 1933 die Marktregelung eine sehr einbringliche Darstellung. Deutschland wurde einmal als ein einziger großer Bauernhof gezeigt, ein Hof, wie er früher war, mit wünschigem Überfluß, dem mit genügender Eigenerzeugung alles dessen, was wir brauchen, sowohl Grünland als auch Viehfütterstoffe.

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Auf der Tagung der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP in München.

In München trat die Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP zu ihrer ersten Tagung zusammen. Das erste Referat erstattete Staatssekretär Reinhardt über den „Kampf um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit“. In seiner Rede führte der Staatssekretär u. a. folgendes aus:

Damit das Schwungrad der Wirtschaft in Bewegung komme und bleibe, müßten erstens Wirtschaft und Volk zur Staatsführung unbedingtes Vertrauen haben, zweitens müsse der Staat durch geeignete Maßnahmen zur Deckung vorhandenen Bedarfs anregen, und drittens müsse der Staat die Umschichtungen verordnen und durchführen, die eine Gesundung der Lebensgrundlagen des Volkes bedingen. Der Staatssekretär ging dann ausführlich auf die Einzelheiten der Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierung ein und wies darauf hin,

daß Arbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsgesetzes vom 1. Juni 1933 sich bis zum Frühjahr und Sommer 1935 erstrecken werden.

Eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sei auch die Grundförderung durch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Die Haushaltslage der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ergebe 1934 gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung von insgesamt 453 Millionen. Bei dieser Verbesserung könne von den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden verlangt werden, daß sie mit einem Grundförderungsbeitrag von 250 Mark je Tag und Mann zufrieden seien und auch dazu übergingen, öffentliche Arbeiten aus eigenen Mitteln ohne Grundförderung zu finanzieren. Die Vergrößerung der Grundförderungssumme auf 310 Millionen Mark sei aufgehoben worden. Es werde möglich sein, die Grundförderung für weitere mindestens 30 000 Mann zu gewähren.

Die Arbeitslosenziffer würde allein infolge der Auswirkung dieser Maßnahme in den nächsten Wochen um weitere 300 000 sinken.

Die Gewährung von Grundförderung dürfe aber zu keiner Dauereinrichtung werden, sondern solle nur arbeitslosen Volksgenossen, die anders noch nicht Arbeit finden können, die Notstandsarbeit bringen.

Der Redner betonte weiter, daß zu den gegenwärtig in der Landwirtschaft untergebrachten 116 000 Landheisern und Landheiserinnen weitere 300 000 hinzukommen könnten.

Durch das Gesetz zur Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft sei bereits eine dauernde Entlastung des Arbeitsmarktes um 100 000 erreicht. Durch das Gesetz zur Förderung der Ehefrauen sei eine unmittelbare Verminderung der Arbeitslosigkeit um 200 000 erzielt. Dazu komme die bedeutende Beschäftigung in der Möbel- und Hausgeräteeindustrie, die mit ebenfalls 200 000 anzunehmen sei.

Diese Beschäftigungen werden dauernd sein, denn die Ehestandsdarlehen sollen gewährt werden, solange es heizungsfähige Arbeitnehmerinnen gebe.

In Auswirkung des Gesetzes zur Förderung der Ehefrauen würden jährlich auch 200 000 Kleinwohnungen mehr gebraucht werden als bisher.

Vier Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes werde allein in seiner Auswirkung der Arbeitsmarkt eine Entlastung um eine Million Menschen erfahren haben und der jährliche Finanzbedarf der Arbeitsloshilfe um 500 Millionen Reichsmark gesunken sein.

Nach einer Kennzeichnung der weiteren Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit kam Reinhardt auf das Baukräftesetz zu sprechen und sagte:

Darauf hat nun dieses drohende Dürrejahr schon eine Antwort erteilt: Die Nachrichten über die Aussichten der Viehhaltung lauten teilweise, z. B. dröcklich, recht bedenklich. In den Gebieten, wo man schon im Mai den ersten Grasschnitt einbringt, ist man vielfach genötigt, diesen bereits restlos zu verfüttern. In den süddeutschen Alpengebieten, wo das Vieh über den Sommer auf die Hochweiden getrieben wird, hat man es teilweise wieder zu Tode führen müssen, da die Almen sich als gänzlich ausgebrannt und futterlos erwiesen haben und obendrein die Tränken verstopft sind. In anderen Gegenden hat man mit der Verfütterung grünen Roggens und Hafers beginnen müssen, wo dieser infolge ungünstiger Lage keinen Anlaß zur Körnerbildung verspricht. Wer aber den Notlagen der Fütterung gefolgt ist und Grünflächen sowie

Der Arbeitnehmer solle von seinem rohen Gehalt oder Lohn mehr ausbezahlt erhalten als bisher.

In dieser Richtung bewegen sich auch das Spendengesetz und das Beiträgegesetz, zu denen in den nächsten Tagen die Durchführungsverordnung erscheinen werde, die wahrscheinlich die Erhebung ungewohnter Spenden unter Strafe stellen werde.

Die Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit würden ergänzt durch eine durchgreifende Zinsenkung und durch einen Umbau der Steuern und eine weitestmögliche Senkung der Steuerlast.

Mit der Zinsenkung werde gegenwärtig begonnen. Die Steuerreform werde im Herbst 1934 erscheinen. Die neuen Steuererlasse würden zum größten Teil am 1. Januar 1935 in Kraft treten. Reinhardt schilderte weiter die Maßnahmen zur organischen Senkung des Zinsfußes auf 4 Prozent und verwies auf die 4prozentige Anleihe des Deutschen Reiches von 1934, an deren Zeichnung sich möglichst viel Volksgenossen beteiligen sollten.

Eine sicherere Geldanleihe sei unbedenklich.

Der Staatssekretär verwies ferner darauf, daß das Steueraufkommen sich ausgezeichnet entwickle. Es sei in den Monaten April und Mai um rund 150 Millionen Mark größer gewesen, als in den entsprechenden Monaten des Rechnungsjahres 1933.

Staatssekretär Reinhardt schloß: Die Zahl der Arbeitslosen betrage heute noch 2,5 Millionen. Es werde gelingen, diese Zahl in den nächsten sechs Monaten um rund eine Million zu vermindern, im kommenden Winter von einem Wiederaufsteigen über 2 Millionen verhindert zu werden.

und er werde gelingen, die Arbeitslosigkeit innerhalb längstens zweier Jahre so gut wie restlos zu beseitigen.

Im Schwere über den Rahmen der bezeichneten Maßnahmen hinaus eine weitere größere Maßnahme vor, die zu einer fast vollständigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit, wahrscheinlich schon innerhalb eines Jahres, führen würde.

„Unser erster Blick gilt immer dem schaffenden Menschen!“

Dann äußerte sich der Beauftragte des Führers für Wirtschaftspragen, Kappeler, über „Grundzüge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik“.

Wir sehen immer mehr, so betonte der Redner, daß die Erkenntnisse aus dem politischen Leben auch im Wirtschaftsleben ihre Anwendung finden müssen. Die Idee der Volksgemeinschaft verlangt von jedem in der Wirtschaft höchstes Verantwortungsbewußtsein, höchste Achtung vor der Arbeit und dem Arbeiter.

Der erste Blick gilt bei uns immer dem schaffenden Menschen, dann erst darf an die Sachgüter und das Kapital gedacht werden.

Der Schwerpunkt des Wirtschaftslebens kann nicht beim Staate liegen. Das freie Spiel der Kräfte muß in Industrie und Gewerbe immer mehr zum Durchbruch kommen.

Der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik, Köhler, gab eine längere Betrachtung über das Thema „Politik des Sozialismus“, wobei er u. a. sagte: Der Sozialismus kann nicht in einem Wirtschaftssystem bestehen. Sozialismus ist größte Tüchtigkeit, größte Leistung, beste Voraussetzungen auf die Zukunft nach jeder Richtung. Die Wirtschaft muß etwachen, muß vorfragen, muß Vermögen bilden, weil das Volk in der Zukunft wachsen muß. Darin liegt die Verbindung der Wirtschaft mit dem Schicksal des Volkes. Wir müssen eine politische Gestaltung des Volkes haben, die den Sozialismus verbürgt.

Feldfutterbau begonnen hat, der begrüßt jeden so angelegten Acker als eine willkommenen Zubuße.

Es ist möglich, daß die Menschen, die über die vom Bauer als verheerend empfundene Amdauer des „schönen Wetters“ in diesem Jahre jubeln, eine erstbäufige Belehrung darüber bekommen, daß zum Gelingen der Saaten beides gehört, Sonne und Regen, und daß ein paar durchdrückte Sommerfelder leichter zu verschmerzen sind als Mangel an Gemüse usw. Im ganzen aber haben wie die begründete Zuversicht, daß die Erstarzung unseres Bauerntums und seine Willigkeit, der Führung zu folgen, in der Lage sind, von unserem Vaterlande für immer die schimmern Wirkungen der fahlen Not abzuhalten, die in anderen Staaten schon zu so bitteren und nicht mehr abwendbaren Folgen geführt haben.

W. Schenemann.